

Amtsblatt des Main-Taunus-Kreises

MITTEILUNGSBLATT FÜR ALLE BEHÖRDEN DES KREISES

Herausgeber Kreisverwaltung: Kreisausschuss und Landrat

Nr. 49

07. November

2013

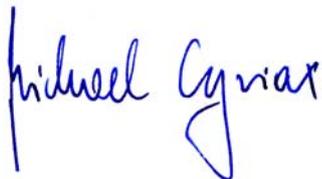
Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014

Der Entwurf der Haushaltssatzung des Main-Taunus-Kreises für das Haushaltsjahr 2014 mit ihren Anlagen liegt gemäß § 97 Abs. 2 der Hessischen Gemeindeordnung in der Zeit vom 11. bis 21. November 2013 im Landratsamt in Hofheim, Am Kreishaus 1 - 5, Zimmer 3.002, öffentlich aus.

Hofheim, den 5. November 2013

Main-Taunus-Kreis

Der Kreisausschuss



(Michael Cyriax)
Landrat

„Entschlossen auf Kurs“: Konsolidierung fortsetzen, Rede des Landrats Michael Cyriax zur Einbringung des Haushaltsentwurfes 2014 in der Sitzung des Kreistages des Main-Taunus-Kreises am Montag, den 04. November 2013

(Die komplette Rede kann unter www.mtk.org abgerufen werden)

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

wenn 6500 Kilometer entfernt in Washington Regierung und Opposition über Haushaltsfragen diskutieren, dann kommt es auch mal vor, dass kurzerhand die Angestellten der Bundesverwaltung in den unbezahlten Zwangsurlaub geschickt werden und die Behörden einfach schließen, wie im Oktober geschehen. Vergleichbares sieht unser Regierungs- und Verwaltungssystem nicht vor, und mit Blick auf die politische Kultur im Main-Taunus-Kreis hoffe ich auch, dass wir nicht annähernd an einen Punkt kommen,

indem jemand ernsthaft versucht vorzuschlagen, die Verwaltung zu schließen. Debatten im Kreistag sind von großer Sachlichkeit geprägt, wir giften uns nicht an, und ich setze darauf, dass wir auch die anstehenden Haushaltsberatungen in konstruktivem, kooperativen Gespräch zu einer Entscheidung bringen, die unsere Finanzkraft und Handlungsfähigkeit sicherstellen und damit letztlich dem Bürger dienen wird, von dem wir in dieses Haus gewählt worden sind. Lassen Sie mich zunächst die Ausgangslage für das neue Haushaltsjahr umreißen, bevor ich zu den wichtigsten Eckwerten des Etats komme. Anschließend erläutere ich einige Schwerpunkte unserer Investitionen und werfe

einen Blick darauf, wie es nach 2014 weitergehen könnte.

I. Die Ausgangslage

Auf den ersten Blick scheint unsere Ausgangslage günstig. Gegenüber vielen anderen Kreisen in Hessen und auch darüber hinaus geht es uns noch gut. Wir liegen beim Etat im Plan, ein Nachtrag ist auch diesmal nicht nötig, der Haushalt verbessert sich nach aktuellem Stand sogar: Statt des ursprünglich errechneten Defizits erwirtschaften wir einen Überschuss von 3,5 Millionen Euro. Das liegt unter anderem an geringeren Unterdeckungen bei der Sozial- und Jugendhilfe und geringeren Aufwendungen. Noch besser freilich würde es uns gehen, wenn wir nicht das Defizit der Kliniken zu tragen hätten – doch davon später mehr.

Außerdem unterscheidet uns unsere Kreditstrategie von vielen anderen Kreisen und Gebietskörperschaften. Dazu ein kurzer Blick über den Tellerrand.

Nach dem Kommunalen Finanzreport 2013 der Bertelsmann-Stiftung hat sich die Finanzlage von hessischen Kreisen, Städten und Gemeinden weiter verschlechtert. Die Schulden des Landes haben sich seit dem Jahr 2000 nahezu verdoppelt, die Schulden der Kommunen im Gebiet des Regierungspräsidiums Darmstadt sind gar um mehr als das Doppelte gewachsen.

Bemerkenswert: Verlockt durch niedrige Zinsen, haben viele Kommunen zu Kassenkrediten gegriffen. Das böse Erwachen für sie wird kommen, wenn die Zinsen wieder steigen. Dann wird es sich auszahlen, wenn man auf langfristige Laufzeiten mit einer sinnvollen Zinsverteilung gesetzt hat – so wie der Main-Taunus-Kreis. Wir hatten nur zwischendurch in Ausnahmefällen höhere Kassenkredite aufgenommen, wo andernorts der Griff zu den Kassenkrediten immer mehr zur Regel zu werden scheint. Bundesweit liegt Hessen gar bei der Höhe der Kassenkredite pro Einwohner an vierthöchster Stelle – mit einem Betrag doppelt so hoch wie der deutsche Durchschnitt.

Der Kassenkredit ist in etwa vergleichbar mit dem Dispokredit, der dem Banken- und Sparkassenkunden auf seinem Konto eingeräumt wird. Die Kassenkredite sollen eigentlich nur kurzfristig über Engpässe hinweghelfen, vielerorts aber werden sie genutzt, um dauerhaft den Haushalt über die Runden zu retten, und die Schuldenberge wachsen und wachsen, ohne dass ihnen konkrete Werte gegenüberstehen. Wir haben uns bei Kassenkrediten zurückgehalten, und

daher können wir etwas vertrauensvoller in die Zukunft blicken als manch anderer.

Können wir aber nicht nur vertrauensvoll, sondern auch gelassen ins neue Jahr gehen? Das scheint nur so. Dunkle Wolken sind auszumachen, Unwägbarkeiten warten zuhauf. Wir haben zwar hohe Einnahmen, die Ausgaben sind jedoch – trotz des Einbruchs der Kreisumlage – noch höher.

Das ist gravierend, weil wir vor mehreren Mammutaufgaben stehen. Zuerst die prekäre Finanzlage der Kliniken, die uns zur Entschuldung zu Lasten der Kreiskasse zwingt. Dann der weitere Ausbau der Ganztagsbetreuung mit den nötigen Gebäudeinvestitionen, dann die Frage, wie wir ein schnelles Internet im gesamten Kreis ermöglichen und wie wir die Zusammenarbeit in der Region neu ordnen.

Die Rahmenbedingungen sind voller Unwägbarkeiten: Der Kommunale Finanzausgleich soll überarbeitet werden, es ist aber unklar wie; ich komme später noch einmal darauf zurück. Das Konnexitätsprinzip - wer bestellt, soll bezahlen - steht zwar schwarz auf weiß in der Landesverfassung, wird aber im realen Leben oft nicht praktiziert, wie wir etwa bei den Kosten für die Asylbewerberunterbringung sehen werden.

Wir sind auf Konsolidierungskurs gegangen, auch bei der Effizienz der eigenen Verwaltung, aber am Ziel sind wir noch nicht. Es zeichnet sich längst ab, dass wir in vielen Bereichen etliches auf den Prüfstand stellen müssen, was wir uns früher im Vertrauen auf unsere Stärke und vielleicht auch in falscher Sicherheit als Automatismus geleistet haben. Wir müssen auf dem Konsolidierungskurs entschlossen vorangehen.

II. Die Eckwerte des Haushalts 2014

Nun zu den Eckwerten des Haushalts; einzelne Posten daraus werden an späterer Stelle noch erläutert.

Das Haushaltsdefizit in Höhe von 13,7 Mio. € können wir aus den Rücklagen ausgleichen; dadurch aber werden diese Rücklagen nahezu vollständig aufgezehrt. Wir leben von der Substanz, für das, was übrig bleibt, brauchen wir dann keinen Sparstrumpf, ein Sparsöckchen würde es auch tun.

Die Kreisumlage belassen wir bei 38,2 %. Um aber die Belastungen bei den Schulen zu finanzieren, sind wir gezwungen, die Schulumlage zu erhöhen. Sie wird von 14,9 % auf 15,8 % angehoben. Dadurch steigt der Hebesatz für Kreis- und Schulumlage insgesamt auf 54,0 %. Das kann zu Unmut bei manchen Kommunalpolitikern führen, aber

halten Sie sich bitte vor Augen, was wir dafür leisten: So werden wir im kommenden Jahr mehr als 40 Millionen Euro investieren, davon alleine 14 Millionen in den Schulen. Auch auf anderen Wegen fließt aus unseren Umlagen Geld zurück in die Kommunen; so werden wir sechs Millionen Euro in den flächendeckenden Breitbandausbau für das schnelle Internet investieren.

Dass sich der Kreis mit einer höheren Umlage keineswegs auf Kosten der Kommunen gesundstößt, zeigt ein Blick auf die absoluten Erträge. Wegen der geringeren Steuerkraft der Städte und Gemeinden werden wir trotz prozentual höherer Umlage weniger Geld einnehmen: statt 218 Mio. € nur 208,5 Mio. €.

Die Nettoneuverschuldung können wir trotz unserer Investitionen auf rund 17,3 Mio. € begrenzen. Insgesamt werden wir Ende 2014 voraussichtlich mit 335,8 Mio. € verschuldet sein.

III. Die wichtigsten Handlungsfelder

Richten wir den Blick nun auf die wichtigsten Handlungsfelder und Projekte des Jahres 2014.

1. Kliniken

Die Kliniken sind das Aushängeschild des Gesundheitsstandortes MTK, deren Lage aber ist prekär:

- Pro Jahr machen die Kliniken Verluste in Höhe von bis zu zehn Prozent des Umsatzes.
- Die Löhne und Gehälter sind weiter gestiegen. Das ist nicht nur im Main-Taunus-Kreis so, das liegt im hessischen Trend: Nach den jüngsten Zahlen des Statistischen Landesamtes kletterten die Personalkosten der Krankenhäuser im Jahr 2012 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent.
- Das Land gibt für Investitionen immer nur Teilzuschüsse; aus den Fallpauschalen des Klinikums ist der Rest nicht zu tragen. Vor allem diese Investitionskredite sind es, die das Klinikbudget belasten

Die Entwicklung zeichnet sich schon länger ab. Die wirtschaftlichen Erwartungen, die wir mit dem Teilneubau in Bad Soden hatten, haben sich angesichts des vom Bund bestimmten Rahmens und des Wettbewerbs in der Region nicht erfüllt.

Wir haben Umorganisationen eingeleitet, doch das hat offenbar nicht gereicht. Im vergangenen Jahr schien es noch so, als kämen wir mit einer Teilentschuldung in Höhe von rund 40 Millionen Euro davon, und die Umorganisationen würden reichen, uns dauerhaft in die schwarzen Zahlen zu hieven.

Doch die Hoffnungen haben sich leider als trügerisch erwiesen. Auch 2014 werden unser Krankenhaus und seine Gesellschaften weiterhin defizitär arbeiten.

Um einen kompletten Schuldenschnitt werden wir meines Erachtens nicht herumkommen, wenn wir die Kliniken sichern wollen. Für die kommenden Jahre bedeutet das: Wir wollen künftig als Kreis die Investitionen finanzieren, während die Kosten des laufenden Betriebes bei den Kliniken bleiben und durch deren Erträge gedeckt werden. Wir werden also im wahrsten Sinne des Wortes einen hohen Preis für unsere Kliniken zahlen. Angesichts der hohen medizinischen Kompetenz dort sollten sie es uns wert sein. Und für unseren Einsatz bekommen wir auch etwas: Wir steigern den unternehmerischen Wert unserer Kliniken. Lassen Sie uns auch eines nicht vergessen: Als Klinikträger müssen wir über kurz oder lang die Schulden sowieso abdecken, wenn die Kliniken das aus eigener Kraft nicht können. Wir stehen folglich so oder so in der Verantwortung.

Konkret bedeutet das im Haushaltsplan:

- Wir werden zunächst die bisherige Teilentschuldung der Kliniken auf eine komplette Entschuldung ausweiten – zum Jahresende 2013 sind das 107 Mio. €. Die Aufwendungen des Kreises für den Schuldendienst werden dadurch auf 6,7 Mio. € steigen.
- Zudem gewähren wir Zuschüsse für geplante Investitionen bis 2016, im kommenden Jahr alleine 12 Mio. €.
- Darüber hinaus erwarten uns mehrere Unwägbarkeiten und Risiken, die noch nicht abgedeckt sind. So dürften weitere Investitionen hinzutreten, deren Umfang sich noch nicht genau beziffern lässt: Investitionen in Geräte und die Gebäudesubstanz. Speziell im kommenden Jahr kommen auf die Kliniken außerdem Liquiditätsrisiken zu. Das könnten zusammen ebenfalls mehrere Millionen Euro sein.

Vielleicht hätten wir diesen Schritt, den ich jetzt vorschlage, schon früher gehen sollen. Er ist konsequenter, transparenter, als jährliche Verlustausgleiche für die Kliniken in Höhe von sieben bis acht Millionen Euro.

Das gilt gerade angesichts unserer Gespräche mit dem Klinikum Höchst über eine Fusion oder eine Kooperation, die die bisherige Zusammenarbeit vertieft. Diese Gespräche führen wir sehr engagiert und konstruktiv. In den Diskussionen mit den Vertretern der Stadt Frankfurt, Herrn Stadtrat Becker und Frau Stadträtin Heilig, mit unserer neuen Klinik-Geschäftsführung unter Herrn Dr. Kaltenbach und mit externen Fachleuten wird Klartext

geredet, da kommen interessante Zahlen auf den Tisch, da sind ein paar harte Nüsse zu knacken. Das muss geschehen, bevor über den weiteren Weg entschieden wird. Wir bitten daher um Verständnis, wenn es etwas länger dauert, als ursprünglich angenommen. Aber eine Entscheidung, bei der es um Millionensummen geht, sollten wir nicht übers Knie brechen. Seriosität geht vor Schnelligkeit. Ob es aber nun eine Fusion gibt oder aber eine vertiefte Kooperation – wir brauchen eine klare Entscheidung zu den Klinikfinanzen; das macht den Weg frei für eine weitere und vielleicht engere Zusammenarbeit mit Höchst oder darüber hinaus. Im Falle einer Fusion darf der eine Partner den anderen nicht mit Schulden oder strukturellen Defiziten belasten. Im Fall einer Kooperation müssen die Kliniken dauerhaft leistungsfähig und gesichert sein, um diese Zusammenarbeit zum Wohle der Patienten langfristig zu tragen.

Ob Fusion oder Kooperation mit Höchst – an der Entschuldung kommen wir nicht vorbei.

Die Voraussetzungen, die Herausforderung zu bewältigen, sind gut. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht und uns die Situation ohne Selbsttäuschung klar vor Augen gehalten. Der Umbau von Strukturen geht voran, trotz der Fusionsdiskussionen bemerke ich, dass Klinik- Geschäftsführung und Beschäftigte kollegial miteinander umgehen. Geschäftszahlen, die ermittelt wurden, sind stimmig und bieten eine verlässliche Grundlage für eine Einschätzung der Lage.

Die Menschen im Main-Taunus-Kreis wollen und brauchen ein wohnortnahes Krankenhaus. Um das zu sichern, dafür setzen wir uns auch im kommenden Haushaltsjahr ein.

2. Asyl und Soziales

Seit einiger Zeit steigen die Zahlen der Asylbewerber wieder, und das schlägt auch auf den MTK durch. Die Zuweisungszahlen in den einzelnen Kommunen erhöhen sich, wir brauchen weitere Unterkünfte, die Kosten steigen – und zwar auf vielfältige Weise, weil sich hier die Zuweisungszahlen und damit die Kosten erhöhen.

- Für Sach- und Dienstleistungen (wie Mieten, Reinigung und Bauunterhaltung) steigen die Kosten auf 5,4 Mio. €.

- Zudem klafft weiter eine Lücke zwischen dem, was wir für die Asylbewerber ausgeben, und dem, was wir vom Bund für sie erhalten. Im kommenden Jahr werden wir 2,2 Mio € an Transferleistungen zahlen und 2,0 Mio € erhalten. 200.000 Euro werden demnach an uns hängen bleiben. Darin sind unsere Personal- und Sachkosten noch nicht einmal

eingerechnet. Das ist wieder ein Beispiel, wie die Kreise und Kommunen von übergeordneten Ebenen im Regen stehen gelassen werden: Wir müssen die Lasten schultern, erhalten aber keinen angemessenen Ausgleich. Von Konnexitätsprinzip keine Spur. Bund und Land sind aufgefordert, nachzubessern.

- Zu diesen Mehrkosten kommen Aufwendungen für neue Unterkünfte. Wenn es wirtschaftlich ist, werden wir kaufen statt mieten. Dafür stellen wir 4,8 Mio. € bereit. An verschiedenen Standorten haben wir Probleme mit Vermietern, die ihre Pflichten nicht erfüllen. Das ist sehr zeitraubend und auf Dauer ineffizient. Sind wir Herr im eigenen Haus, können wir die Zustände selbst regeln und bleiben damit handlungsfähig.

Das Thema Asyl ist aber auch jenseits der Finanzdiskussionen zu einem Top-Thema avanciert. Die Verteilungsquote für die Menschen, die aus Krisenstaaten zu uns kommen und deren Anspruch auf Asyl in einem geordneten Verfahren geprüft wird, ist vom Land vorgegeben. Herr Hielscher hat in langwierigen Gesprächen mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern nach möglichen Unterkünften gesucht und ist weiter an dem Thema dran. Wir appellieren an alle Kommunen, uns zu unterstützen.

Es zeigt sich inzwischen, dass die Kommunen die Aufnahme von Flüchtlingen als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen und die Asyl suchenden Menschen hier willkommen heißen. In mehreren Kommunen gibt es Runde Tische und Initiativen dazu; wir freuen uns über diese Entwicklung, denn so wird der Begriff der Willkommenskultur mit Leben gefüllt.

Etwas weniger dramatisch als bei den Asylbewerbersausgaben sieht die Entwicklung bei den Finanzen in der Sozial- und Jugendhilfe insgesamt aus, traditionell ein großer Ausgabenposten im Haushalt. Gegenüber dem laufenden Jahr steigen die Belastungen in diesen Bereichen um rund 770.000 Euro auf 129,8 Mio. €. Zwar übernimmt der Bund die Aufwendungen bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung komplett, und wir müssen weniger Geld an den Landeswohlfahrtsverband abführen. Aber diese Verbesserungen werden durch höhere Belastungen bei den Hartz-IV-Leistungen und bei den Asylbewerbern aufgezehrt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle Dank sagen an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Bereichen Asyl, Jugend und Soziales. Sie werden mit harten Schicksalen konfrontiert,

helfen Menschen in Notlagen und werden mitunter von ihren eigenen Kunden noch persönlich angefeindet. So etwas kann an die eigene Substanz gehen. Allen, die in diesen Bereichen hier tätig sind, gebührt unser besonderer Respekt.

3. Schulen

Unsere Schulen sind und bleiben Herzstück gestaltender Kreispolitik; Schulsicherung ist Standortsicherung. Aber gerade weil wir hier gestalten können und nicht von bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen abhängen wie etwa beim Asyl oder bei Hartz IV, müssen wir im Zuge der Konsolidierung genau unterscheiden zwischen dem, was unabdingbar oder nur wünschenswert ist, was dringlich ist und was warten kann. Halten wir uns dabei vor Augen, dass im kommenden Jahr die Erträge aus Kreis- und Schulumlage sinken und wir daher verstärkt unter Konsolidierungsdruck stehen.

- Beendet werden 2014 umfangreiche Projekte; unter anderem schließen wir die Bauten am Graf-Stauffenberg-Gymnasium Flörsheim ab und eröffnen – das ist der Höhepunkt im Schulbauprogramm im kommenden Jahr – eine völlig neue Schule, die Grundschule Süd Bad Soden.

- Wir beginnen aber auch mit neuen Vorhaben. Beispielsweise wird die Johann-Heinrich-Wichern-Schule in Hofheim energetisch saniert. Die energetische Sanierung ist ein wichtiger Beitrag des Main-Taunus-Kreises zur lokalen Energiewende. Ein weiterer Schwerpunkt im kommenden Jahr ist der Ausbau der Betreuung. An mehreren Schulen wird 2014 mit Planungen für eine Erweiterung begonnen: an der Theodor-Heuss-Schule, der Weinbergschule, der Regenbogenschule und der Lindenschule.

- Für die kommenden Jahre sind dann Erweiterungen, Sanierungen und Neubauten an weiteren Schulen im Investitionsprogramm vorgesehen.

An der beispielhaften Aufzählung der Vorhaben sehen Sie, dass wir uns keineswegs aus dem Schulbau zurückziehen. Wir müssen nur etwas kürzer treten.

Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Unser gesamtes Investitionsprogramm steht unter Vorbehalt. Wenn sich an der Finanzlage nichts grundsätzlich ändert, dann werden wir das Programm nicht in vollem Umfang durchziehen können. Wir werden weitere Abstriche machen müssen, weitere Projekte strecken müssen. Wenn wir aber tatsächlich sämtliche Projekte aus dem Investitionsprogramm in dieser Zeit realisieren

wollen, dann werden wir die Schulumlage erhöhen müssen.

Zumal wir jenseits dieser Erweiterungen und Sanierungen weiteren Herausforderungen entgegensehen. Wir bereiten unsere Schulen zum Beispiel auf die Inklusion vor. Wie die Inklusion vom Land organisatorisch und praktisch im Schulalltag umgesetzt wird, ist noch nicht klar. Wir als Schulträger sind aber gehalten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, beispielsweise durch Umplanungen von Räumen oder auch durch noch mehr behindertengerechte Einbauten.

Es sind also vielfältige Herausforderungen beim Schulbau, die auf uns warten. Da ist der Stand des Kollegen Wolfgang Kollmeier manchmal nicht einfach, aber er hat in sich in Diskussionen mit bisweilen sehr kritischen Schul- und Elternvertretern große Anerkennung erworben. Dabei kommt er sich vielleicht manchmal so vor, als habe er den Blauhelm auf dem Kopf. Wir wollen und können aber keine Luftschlösser bauen, sondern Schulen, die in realistischem Maß den Rahmen für guten Unterricht bieten.

4. Breitband

Der MTK, seine Bürger und Unternehmen brauchen schnelle Internetverbindungen. Die Voraussetzungen sind bereits in Teilen da, und im Vergleich mit vielen anderen Gebieten Hessens ist die Versorgung gut. Ein wirtschaftsstarker Kreis wie der MTK aber braucht keinen tempomäßigen Flickenteppich, sondern wir wollen möglichst überall das schnelle Internet bieten. Der MTK braucht das, die Bürger und Firmen wollen das – wie eine Bedarfsumfrage mit 17.000 Rückmeldungen eindrucksvoll gezeigt hat. Es kann nicht sein, dass nicht weit von Europas wichtigstem Internetknoten in Frankfurt Zustände wie in alten Modem-Zeiten herrschen.

Der MTK hat mit seiner Breitband-Offensive Diskussionen angestoßen oder auch befördert, er hat Beteiligte an einen Tisch gebracht. Firmen wie die Telekom sind durch unser Engagement wach geworden und planen bis 2016 in verschiedenen Kommunen entsprechende Bauvorhaben, wie eine Markterkundung ergab.

Um aber auch die Lücken jenseits dieser geplanten Ausbazonen zu füllen, muss der MTK in die Bresche springen und eigenes Geld in die Hand nehmen. Wir werden über eine Ausschreibung Unternehmen suchen, die diese Lücken füllen, und planen dafür im kommenden Jahr bis zu 6 Mio. € ein.

Das Breitband-Projekt zeigt, dass sich der MTK als Dienstleister für seine Bürger und

Unternehmen sieht. Es zeigt, wie Geld, das wir aus den Kommunen erhalten, in die Kommunen zurückfließt. Es zeigt auch, wie der Kreis seine Mittel einsetzt, um – wie vom Gesetz gefordert – seine Ausgleichsfunktion wahrzunehmen. Unser Ziel ist: Alle Bürger im Main-Taunus-Kreis müssen die Möglichkeit haben, schnelles Internet zu nutzen. Wir brauchen Highspeed statt Schnecken-Surfen.

5. Verwaltung

Ein Sparhaushalt würde weitgehend auf Unverständnis stoßen, wenn wir nicht bei uns selbst anfangen würden, hier in der Verwaltung. Tatsächlich waren bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs sämtliche Ämter zu strengster Haushaltsdisziplin aufgerufen. Das ging hin bis zu den kleineren Sachkosten, aber es wurden nicht nur dünne, sondern auch dickere rote Striche gezogen. So haben wir die Komplettanierung des Landratsamtes auf unbestimmte Zeit verschoben. Das alleine erspart uns einen Etatansatz von 9,1 Mio. €.

Ein heikles Feld ist nach wie vor der Personalschlüssel. Aus zwingenden Gründen müssen wir vom Grundsatz abweichen, keine zusätzlichen Stellen zu schaffen:

- Wir brauchen zusätzliche Mitarbeiter in der Zentralen Leitstelle und in der Sachbearbeitung des Rettungsdienstes, um sicherzustellen, dass im Alarmfall auch genügend Kräfte vorhanden sind, um die Einsätze zu koordinieren. Sorgen wir hier nicht für ausreichend Personal, kann es im Ernstfall um Leben und Tod gehen. Außerdem zwingt uns das Gesetz einen bestimmten Personalschlüssel auf.

- Ebenfalls zusätzliches Personal wird in der Betreuung an unseren Schulen gebraucht. Die neue Betreuungskonzeption sieht vom 1. Januar an eine Ausweitung des Angebots und die Schaffung differenzierter Betreuungsmodule vor. An der Regenbogenschule Hattersheim ist zum Schuljahr 2014/2015 ein Betreuungsangebot in Trägerschaft des Kreises mit einer Ferienbetreuung geplant. Gleichzeitig werden an der Liederbachschule weitere Betreuungsplätze geschaffen, die Betreuungszeit ausgeweitet und die Ferienbetreuung verlängert. Auch an der Grundschule „Süd“ Bad Soden soll im Herbst 2014 ein Betreuungsangebot mit dem Kreis als Träger starten.

- Die Leitstelle und die Betreuung sind aber auch zwei Beispiele, dass Mehrausgaben in der Verwaltung auch eine Mehrleistung

gegenübersteht, von der die Bürger des Kreises profitieren.

Personalkosten steigen aber nicht nur durch zusätzliche Mitarbeiter, sondern auch durch höhere Bezüge, die nicht immer von uns gesteuert werden können – beispielsweise Besoldungserhöhungen für Beamte und Versorgungsempfänger. Außerdem müssen wir bereits heute Rückstellungen bilden für Pensionen und Beihilfen, die in den kommenden Jahren ausgezahlt werden. Diese Rückstellungen müssen jährlich überprüft und angepasst werden.

Insgesamt ergibt sich eine Steigerung der Personalaufwendungen um 3,2 Mio. €. Aber genauso wie wir bei der Kreisumlage sehen müssen, was im Gegenzug vom Kreis in die Städte und Gemeinden zurückfließt, so müssen wir bei den Personalaufwendungen auch betrachten, was der Bürger dafür erhält: Engagierte, motivierte und kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Mein Dank geht daher an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung für ihren Einsatz.

Trotz dieser Anerkennung müssen wir aufgrund der Haushaltslage überlegen, wie wir die Kosten weiter begrenzen können. Wir müssen durch Umorganisationen noch effizienter werden, es darf in den Ämtern keine Erbhöfe geben mit automatisierter Fortschreibung oder gar Aufstockung der Haushaltsansätze, und wir müssen auch bei den Aufgaben überlegen, welche Leistungen noch in welchem Umfang angeboten werden können und ob die eine oder andere freiwillige Leistung unter dem Druck der Konsolidierung noch gerechtfertigt ist.

IV. Ausblick

Immer wieder haben wir bei den Ausführungen zum Etat 2014 festgestellt: Bund und Land burden uns Lasten auf, ohne uns dafür ausreichend mit Finanzen zu versorgen. Diese Wunden klaffen auch über das kommende Jahr hinaus. Angesichts der prekären Finanzlage der Kommunen wird hin und wieder über eine Schuldenbremse der Städte, Gemeinden und Kreise spekuliert. Wir brauchen aber keine Schuldenbremse für die Kommunen, wir brauchen eine Aufgabenbremse für Bund und Land. Oder eben alternativ ausreichend Geld, um unsere Aufgaben zu erfüllen.

Schon unsere eigenen Aufgaben stellen uns vor große Herausforderungen. Und damit komme ich zum Ausblick über das Jahr 2014 hinaus.

An dieser Stelle würde ich Ihnen normalerweise einen Überblick über die Finanzplanung geben, kann das aber heute allenfalls in Umrissen tun. Erst vergangene Woche sind die Orientierungsdaten des Landes Hessen eingetroffen; sie werden demnächst im Kreisausschuss vorgestellt, und die Verwaltung arbeitet noch an der detaillierten Finanzplanung, die sich aus den Prognosen ergibt.

Bereits jetzt aber zeichnet sich ab, dass wir in den Jahren nach 2014 möglicherweise Umlagen erhöhen müssen. Nehmen wir zum Beispiel die Schulen. Die Bauprojekte, die wir im Investitionsprogramm vorgesehen haben, werden bis zum Jahr 2017 Folgekosten in Höhe von 6,3 Millionen Euro nach sich ziehen. Die Erträge aus den Kommunalsteuern, die über die Kreisumlage hereinkommen, werden sich nicht so erhöhen, dass wir das abdecken können. Um gegenzusteuern, müssen wir vermutlich unsere Bauvorhaben weiter strecken oder gar einzelne Projekte vorerst streichen. Vielleicht aber wird das nicht reichen, und wir werden gezwungen sein, die Schulumlage zu erhöhen.

Gleiches bei der Kreisumlage: Auch außerhalb der Schulen werden wir mit steigenden Kosten belastet – nicht nur bei den Ausgaben für die Kliniken, sondern auch bei der Jugendhilfe, im Bereich Soziales und Asyl. Es ist höchst fraglich, ob die Erträge aus den Steuern in unseren Kommunen reichen werden, das alles abzudecken. Möglicherweise kommen wir auch hier um eine höhere Umlage nicht herum. Das schließt allerdings nicht aus, dass wir bei besseren Zeiten die Umlagen auch wieder senken können, wie wir es früher schon getan haben. Es könnte sein, dass der Einbruch bei den Steuereinnahmen 2014 nur eine Delle ist, dass diese Einnahmen 2014 zumindest wieder auf den Stand von 2013 klettern. Die Orientierungsdaten des Landes jedenfalls sagen für die Jahre bis 2017 Erhöhungen der Einnahmen um 3 bis 4,5 Prozent voraus.

Aber auch hier müssen wir leider Wasser in den Wein gießen, und das literweise.

Statt dass uns Land und Bund nämlich Perspektiven geben für die künftige Finanzierung von Aufgaben, droht mit dem Kommunalen Finanzausgleich zusätzlich Ungemach. Die Reform in Hessen, vorgesehen für 2016, ist schon länger in der Diskussion. Wiederholt haben wir dabei an das Land appelliert, die Kommunen in Frankfurt/Rhein-Main nicht über Gebühr zu belasten. Zwar sind unsere Erträge höher als anderswo, aber die Anforderungen an unsere Infrastruktur auch. Im Mai hat der Hessische Staatsgerichtshof das Land Hessen

verpflichtet, seine bisherigen Pläne zu überdenken. Das Gericht beanstandete, das Land habe den kommunalen Finanzbedarf nicht ermittelt.

Die Finanzausstattung der Kommunen sei garantiert, stellt das Gericht fest. Unterschieden wird aber zwischen der Mindestausstattung und einer angemessenen Ausstattung. Mindestausstattung bedeutet: Die Kommunen nehmen neben ihren Pflichtaufgaben auch ein Mindestmaß an freiwilligen Aufgaben wahr – „einen Schnaps obendrauf“, wie das Gericht in der mündlichen Verhandlung anschaulich formulierte. Auch die Hessische Gemeindeordnung sieht ja sowohl Pflichtaufgaben als auch freiwillige Leistungen vor. Die angemessene Ausstattung hingegen liegt über dem Mindestmaß und soll den politischen Gremien finanziellen Spielraum bieten, um für die Kommunen Substanzielles zu beschließen. Der Gesetzgeber, so folgt daraus, muss für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben einen angemessenen Beitrag vorsehen.

Doch grau ist alle Theorie. In unserer Lebenswirklichkeit geht es schon nicht mehr um die Kür, sondern um die Pflicht. Stellen das Land und der Bund etwa ausreichende Mittel bereit, damit wir wenigstens die Pflichtausgaben wie die Asylbewerberkosten decken können? Ein klares Nein.

Das Land will die Reform nun reformieren - offenbar in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Wir werden dabei ein konstruktiver Gesprächspartner sein, aber auch ein kritischer. Die spannende Frage ist: Wie wird der kommunale Finanzbedarf festgestellt? An einem Vorbild mangelt es nicht; in Thüringen wurde dazu ein aufwändiges Berechnungsverfahren entwickelt, auf das auch der Hessische Staatsgerichtshof hinweist. Egal, welches Modell dann gilt: Die Einschätzung des Finanzbedarfs der Kommunen wird Auswirkungen auf die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs haben und damit auch unsere Zukunft ab 2016 beeinflussen. Für den MTK und seine Kommunen bedeutet dies, dass wir in Summe Finanzkraft abgeben müssen.

Meine Damen und Herren,
ich habe große Sorge, was da auf den Main-Taunus-Kreis zukommt. Um uns auszumalen, was dem Kreis und seinen Kommunen bevorstehen könnte, lohnt der Blick über die Landesgrenze nach Nordrhein-Westfalen: Dort plant die Landesregierung für 2014 einen so genannten Kommunal-Soli, mit dem

wohlhabende Kommunen die ärmeren Städte unterstützen sollen. Besonders trifft es die Stadt Monheim zwischen Köln und Düsseldorf. Wie der dortige Bürgermeister vorrechnet, würde der Soli seinen Etat mit fast 47 Mio. Euro belasten. Und das in einer Kommune mit einer Einwohnerzahl in der Größenordnung Hofheims! Von der erwirtschafteten Gewerbesteuer blieben nur noch acht Prozent in der Stadt. Wenn es schlecht kommt, kann so etwas unseren Kommunen ebenfalls blühen. Da rollt womöglich ein finanzieller Tsunami auf uns zu.

Doch zum Schluss zurück zu den Finanzen. Was unser Haushaltsdefizit angeht, können wir für 2014 sagen: Wir sind noch einmal davongekommen. Wir konnten den Fehlbedarf durch den Griff in die Rücklage decken. Aber wir leben aus dem Sparstrumpf, wir gehen an die Substanz. Ende 2014 wird nach den heutigen Zahlen nahezu nichts mehr in der Rücklage übrig sein, um ein künftiges Defizit auszugleichen.

Wir müssen auch über 2014 hinaus den Prinzipien folgen, die den jüngsten Haushalten zugrunde liegen:

- Oberstes Ziel ist der Ausgleich des Ergebnishaushaltes und des Finanzhaushaltes. Wir müssen im Ergebnishaushalt so liquide sein, dass wir daraus die Schulden tilgen können. Es wäre auch wünschenswert, Investitionen zumindest teilweise aus Eigenmitteln zu finanzieren und dadurch die Neuverschuldung zu begrenzen.
- Um die Netto-Neuverschuldung in Grenzen zu halten, müssen wir künftige Investitionen strecken.
- Es gilt strengste Ausgabendisziplin. Ausgabensteigerungen im Vergleich zum Vorjahr sollten vermieden, Preis- oder Tarifierhöhungen durch Einsparungen kompensiert werden.
- Den Wegfall von Landes- und Bundesmitteln wollen wir grundsätzlich nicht mit Kreismitteln auffangen
- Freiwillige Leistungen, die der MTK erbringt, werden weiter einer strengen Kosten-Nutzen-

Analyse unterzogen. Neue freiwillige Leistungen wollen wir grundsätzlich nicht finanzieren.

Meine Damen und Herren, in meiner Rede war öfters von den Rahmenbedingungen die Rede, mit denen Bund und Land uns die Gestaltungsmöglichkeiten nehmen. Ähnlich oder noch viel schlimmer sieht es in anderen Kreisen aus. Die Bertelsmann-Stiftung hat das in ihrem Kommunalen Finanzreport 2013 folgendermaßen zusammengefasst: „Kommunale Selbstverwaltung ist ein Grundpfeiler von Staat und Gesellschaft. Sie bedarf jedoch Handlungsspielräumen, dies auch in finanzieller Weise. Nur dann können die Kommunen den Erwartungen, die an sie gestellt werden, gerecht werden und gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen.“ Wie aus der Studie hervorgeht, reichen vielerorts die Mittel allenfalls für eine verwaltende, nicht aber für eine gestaltende Politik; daher warnt die Stiftung schon vor einer „Aushöhlung der örtlichen Demokratie“. Dazu dürfen es Land und Bund nicht kommen lassen.

Der Main-Taunus-Kreis, lassen Sie mich das zum Schluss unterstreichen, ist ein gesunder, wirtschafts- und lebensstarker Standort. Wir haben die Kraft, die Schwierigkeiten zu meistern. In diesem Sinne wünsche ich uns allen eine konstruktive Beratung des Haushaltsentwurfs.

Halten wir entschlossen Konsolidierungskurs!
Vielen Dank.